

Alarmstimmung bei Naturschutzverbänden

Landschaft wird von Maisfeldern geprägt - Landvolkverband: Stimmt so nicht

VON GERHARD DOLATA

Landkreis Osterholz „Maisfelder, so weit das Auge reicht“, sagen Frank Bachmann, Ingo Müller-Reich und Peter Heyer. Die Vertreter der Umweltschutzverbände von BUND, NABU und der Aktionsgemeinschaft Bremer Schweiz blicken in eine düstere Zukunft - mit unerschwinglichen Pachtpreisen für Lebensmittel produzierende bäuerliche Betriebe und vielen umgebrochenen Wiesen für Industriellen Maisanbau - ausgelöst durch massiven Ausbau von Biogasanlagen.

„Um eine kleine Anlage von 500 Kilowatt zu betreiben, werden je nach Größe 250 Hektar Maisanbaufläche benötigt“, argumentieren sie in einer breit angelegten Presseerklärung. Beabsichtigt war einmal, so die Verbände, das Problem der aggressiven Gülle mit Zusatz von Grünabfällen durch die Biogasanlagen zu lösen.

Doch leider lande die unbehandelte Gülle zum größten Teil weiter auf Feldern und Wiesen, während Biogasanlagen mit hochsubventioniertem Mais

„Die Pachtpreise für Ackerland sind in schwindelerregender Weise angestiegen.“

Die Umweltverbände

gefüttert würden. Und weiter „Kostete bisher gepachtetes Ackerland 200 bis 400 Euro pro Hektar, so sind die Pachtpreise für solche Flächen in schwindelerregender Weise bis zu 1000 Euro und darüber hinaus angestiegen.“ Bäuerliche Kleinbetriebe kämen dadurch in sehr große Bedrängnis, befürchten die Umweltschützer. Peter Heyer vom NABU: „Dazu kommt, dass Landwirte inzwischen keine Abstandsregelungen zum Beispiel für Gewässer mehr beachten. Wir sind langsam an dem Punkt angekommen, dass wir das letzte Mittel der Anzeige

einsetzen müssen. Es ist klar, dass die Fronten dann verhärten

Doch damit nicht genug, argumentieren sie. Nach neuen niedersächsischen Naturschutzregelungen dürfen geschützte Wallhecken auf bis zu zwölf Meter pro Flurstück durchbrochen werden, um die kleinparzellierten Wiesen und Äcker maschinengerecht zu bewirtschaften. In vielen Landschaftsbereichen würden künftig nur noch Fragmente dieser für die Tier- und Pflanzenwelt wichtigen Wallhecken übrig bleiben. Die Politik müsse endlich begreifen, dass sie nicht schonungslos der Agrarindustrie zuarbeiten dürfe, sondern sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu richten habe. Leider hätten die Behörden auf Landkreisebene nur beschränkte Einflussmöglichkeiten.

„Hier wird mit der Angst gespielt“, sagt Reinhard Garbade, Vorsitzender des Landvolkverbandes

„Bei uns haben wir Pachtpreise in moderater Höhe.“

Der Landvolkverband

Osterholz, auf Nachfrage. „Die gemachten Aussagen sind teilweise völlig falsch. Neun Biogasanlagen im Landkreis Osterholz müssten 1890 Hektar Maisfläche zugeordnet werden. Es sind auch Anlagen mit Güllebonus dabei. In Osterholz dominieren nicht die großen Betriebe. Wir haben viele kleine und auch etliche, die ihre Flächen ökologisch bewirtschaften.“ Garbade räumt ein, dass im Oldenburgischen durchaus eine Zuspitzung bei den Pachtpreisen vorhanden sein könne. „Bei uns haben wir Pachtpreise in moderater Höhe.“

Der Landkreis sei geprägt durch Rindviehhaltung und Milchwirtschaft. „Und der Mais spielt als Futterpflanze hier eine große Rolle“. Außerdem sei geplant, in Maisfeldern Schneisen anzu-



Sehen eine drastische Landschaftsveränderung durch Industriellen Maisanbau (von rechts): Frank Bachmann, Ingo Müller-Reich und Peter Heyer.

Foto: dol

legen, um eine bessere Bejagung des Schwarzwildes zu ermöglichen. Dazu kämen Blühstreifen mit einer besonderen Saatgutmischung an den Waldrändern. Neben Wiesen und Mais, so Garbade, gebe es im Landkreis auch noch 3800 Hektar Getreideflächen. Außerdem sei ein Grünlandumbruch - nach Genehmigung durch die Landwirtschaftskammer - nur zulässig, wenn an anderer Stelle in gleicher Größe auf Ackerflächen eine Neu-Einsaat erfolge. Immerhin sei eine Grün-

landerneuerung in Abständen als Fruchtwechsel erforderlich. Generell aber herrsche im Landkreis das Verbot des Grünlandumbruchs. „Das mit den Wallhecken kann ich überhaupt nicht nachvollziehen“, sagt Reinhard Garbade. Von Berufskollegen sei zu hören, dass überhaupt kein Interesse bestehe, Wallhecken in irgendeiner Form auszulichten oder „niederzumachen“. Ein weiterer Aufreger ist für die Naturschutzverbände die vom Land vorgeschlagene Aus-

weisung zusätzlicher Vorranggebiete für Torfabbau, wie zum Beispiel das Günnemoor. Dieses Vorhaben stehe konträr zum Naturschutz und der Regionalplanung des Landkreises. Landkreis und Naturschutzverbände seien prinzipiell gegen weiteren Torfabbau. Ingo Müller-Reich: „Es gibt bessere und ökologisch vertretbare Möglichkeiten, Blumenerde herzustellen.“